

„Kölner Erklärung“

(überarbeitete Version der ursprünglichen Fassung vom 6. landesweiten Treffen der vom TV-L Betroffenen am 18. Januar 2008)

Teuerungszulage für alle Landesbeschäftigten!

Die Unterzeichnenden fordern die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf, in der laufenden Tarifrunde des öffentlichen Dienstes für die Landesbeschäftigten folgende Forderungen zu erheben und die Betroffenen gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen bis hin zum gemeinsamen Streik zu mobilisieren:

1. Eine Teuerungszulage von brutto 300 Euro im Monat,
2. keine Abgruppierung bei Stellenwechsel. Volle Anerkennung von Bewährungsaufstiegen, Alter, Anzahl der Kinder und erreichtem Besitzstand,
3. eine verbindliche tarifliche Eingruppierung für die angestellten LehrerInnen, die netto zu einer der Beamtenbesoldung äquivalenten Bezahlung führt.

Begründung

2005 gab es für die Landesbeschäftigten eine Nullrunde.

Der zum 1.11.06 eingeführt TV-L hat die Löhne für die Landesbeschäftigten um bis zu 25% abgesenkt. Die Arbeitszeit wurde unbezahlt verlängert, in Bayern auf über 40 Stunden. Eine halbe Stunde unbezahlter Verlängerung der Arbeitszeit ist ein Lohnverlust von 1,3%. Für die Landesbeschäftigten in Bayern ist das z.B. ein Lohnverlust von 4%.

In den Jahren 2006 und 2007 gab es keine tabellenwirksame Lohnerhöhung. Im Jahr 2006 gab es nur eine Einmalzahlung von 50 bis 150 Euro (nach EG-Gruppen gestaffelt). 2007 gab es für alle Entgeltgruppen je zwei Einmalzahlungen. In der Summe bedeutete dies für die höheren Gehaltsgruppen 160 Euro, für die mittleren 510 Euro und die unteren 710 Euro. D.h., die Löhne sind Ende 2007 für die Altbeschäftigten genauso niedrig wie 2004, dem Jahr der letzten Tariferhöhung. Für nach dem 1.11.06 Eingestellte gelten die abgesenkten Tabellenwerte des TV-L.

Im Januar 2008 wurden die Löhne um 2,9% erhöht.

Um die Verluste der letzten Jahre zumindest zum Teil wettzumachen, ist eine Teuerungszulage dringend notwendig.

Durch einen gemeinsamen Kampf über 2,9% hinaus, kann die Tarifeinheit des öffentlichen Dienstes unmittelbar wieder hergestellt werden.

Bei Stellenwechsel werden Landesbeschäftigte auf Berufseinsteigerniveau abgesenkt und verlieren ihren ganzen Besitzstand. Das bedeutet mehrere hunderte Euro, in manchen Fällen sogar über 1.000 Euro Lohnverlust im Monat.

Die Eingruppierung der 250.000 angestellten LehrerInnen erfolgt völlig willkürlich per Erlass der Kultusminister. Dies muss dringend gestoppt werden. Ein 41-jähriger Lehrer in NRW mit zwei Kindern, der nach TV-L eingestellt wird, verdient z.B. 900 Euro weniger als nach BAT und 1.200 Euro weniger als sein verbeamteter Kollege in Hessen. Er geht mit 1.700 netto nach Hause und braucht einen Nebenjob, um seine Familie zu ernähren.

Köln, 25. Januar 2008

ErstunterzeichnerInnen:

Beate Kleifgen, Jörg Schaldach, Hannes Kuhlmann, Joachim Hofmann, Angelika Ödingen, Inge Tillmetz, Petra Knelke, Guido Schönian, Ines Bartenstein, Daniela Beckmann, Wilfried Müller-Radtke, Olaf Perlicks